

# **Adenauer, Albers und die Anfänge der CDU-Sozialausschüsse**

## **Unveröffentlichte Briefe**

**Von Hans-Otto Kleinmann**

Die hier erstmals veröffentlichten Briefe Konrad Adenauers aus dem Jahr 1946 stammen aus den Nachlaßpapieren von Johannes Albers, die kürzlich aus Privathand in Teilen an die Hauptgeschäftsstelle der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft in Königswinter gelangt sind. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik wird diesen Nachlaßsplitter, der auch noch andere Adenauerbriefe und weitere Materialien aus der Frühgeschichte der rheinischen CDU und der Sozialausschüsse umfaßt, demnächst zur Aufbewahrung erhalten.

Die abgedruckten fünf Schriftstücke enthalten nichts Neues oder gar Sensationelles. Doch runden sie unsere Kenntnisse über das politische Wirken des Vorsitzenden der CDU der britischen Zone wenige Monate nach seiner Wahl in entscheidenden Punkten ab. Durch die umfangreiche Studie von Horstwalter Heitzer<sup>1</sup> wissen wir über die Parteibildung sowie über die organisatorische und programmatische Parteientwicklung in den Regionen der britischen Zone inzwischen sehr genau Bescheid. Vor allem ist dabei auch die parteipolitische Bedeutung Adenauers schärfer und umfassender beleuchtet worden. Auch die neu aufgefundenen Briefe bestätigen eindrucksvoll, mit welcher Intensität Adenauer von Anfang an die Fäden der Parteientwicklung in der Hand hielt, nicht nur unter regionalem, sondern auch unter gesamtdeutschem Blickwinkel.

Gerade in weitergefaßter Perspektive erscheint das Jahr 1946 als die wohl kritischste Phase der CDU-Geschichte. Es war die ungewisse Situation zwischen der erfolgreichen Gründung und der Bewährung in den ersten Wahlen, die erst im Spätsommer/Herbst 1946 stattfanden. Die Besatzungsbehörden – auch die westlichen – standen der neuen Parteiformation bekanntlich noch unsicher gegenüber. In der britischen Zone war die CDU zwar als Partei auf Zonenebene gegründet, aber sie befand sich noch in einer lästigen Auseinandersetzung mit der konkurrierenden Zentrumspartei. In der amerikanischen Zone war mit der CSU eine bayerische Sonderentwicklung entstanden, deren

---

<sup>1</sup> *Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 12), Düsseldorf 1988.

Verhältnis zur CDU weitgehend unklar war. In der französischen Zone, besonders in Rheinland-Pfalz, lief der Parteibildungsprozeß erst an, und ein Erfolg ließ sich noch nicht absehen. Prekär war die Lage in der russischen Zone, wo die CDU gleichfalls als Partei auf Zonenbasis organisiert war, aber sich Drangsalierungen von kommunistischer Seite und sowjetischer Eingriffe zu erwehren hatte. Parteiorganisation und Programmatik, nicht zuletzt aber auch die Führung im »Reichszusammenhang« waren im Sommer 1946 noch völlig offene Fragen, über die zwischen den Zonen- und Landesverbänden verhandelt wurde. Auf der Tagung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone am 25./26. April war der Beschluß gefaßt worden, möglichst bald den Zusammenschluß der christlich-demokratischen Parteiverbände »zu einer geschlossenen Partei im gesamten Reichsgebiet«<sup>2</sup> zu vollziehen. Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, das »organisatorische Bindeglied« der »Union«,<sup>3</sup> hatte ihre erste vorbereitende Tagung am 28./29. August 1946; die konstituierende Sitzung fand am 5./6. Februar 1947 statt.

Mit dem »Reichspartei«-Problem und dem Problem des Volkspartei-charakters der CDU gab es zwei sich überlagernde Konfliktfelder, von denen eine hemmende Wirkung auf die Entwicklung der neuen Partei ausging. Seit dem »Reichstreffen« vom 14./16. Dezember 1945 in Bad Godesberg stand die gesamtdeutsche Organisation zur Erörterung an, was auch die Führungsfrage einschloß. Von Berlin aus ging Jakob Kaiser als Vorsitzender der CDU der sowjetischen Zone an die Durchsetzung des Reichsanspruchs, um mit einer »reichsweiten« Organisation (und damit auch mit den Interessen der Westalliierten) im Rücken dem sowjetischen Druck wirksamer Widerstand leisten zu können. Kaiser setzte dabei als Basis im Westen auf die christliche Arbeiterschaft, insbesondere auf seine Spezialklientel, die ehemaligen christlichen Gewerkschafter, die ihn zunächst mehrheitlich als ihren »Führer« anerkannten und sich auch für seine Idee eines »Christlichen Sozialismus« aufgeschlossen zeigten.

Diese Tendenzen stießen bei Adenauer auf entschiedenste Ablehnung. Auch er betrieb nach der Godesberger Reichstagung energisch den Aufbau der Partei als die »vordringlichste aller Forderungen« (6. Januar 1946)<sup>4</sup>. Doch seine Gründe waren denjenigen Kaisers diametral entgegengesetzt: Die Parteiorganisation sollte – sieht man einmal davon ab, daß es auch

---

<sup>2</sup> Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, eingeleitet und bearbeitet von Helmuth PÜTZ, Bonn 1975, S. 137.

<sup>3</sup> Die Unionsparteien 1946-1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden, bearbeitet von Brigitte KAFF, Düsseldorf 1991, S. VII.

<sup>4</sup> An die Mitglieder des Landesvorstandes der CDU Rheinland, in: Adenauer, Briefe 1945-1947, bearbeitet von Hans Peter MENSING, Berlin 1983, S. 142.

darum ging, seine eigene Führungsposition in der britischen Zone zu festigen – eine enge Verbindung mit den Unionsverbänden der amerikanischen und französischen Zone herstellen, um dem zentralen Anspruch der »Reichsgeschäftsstelle« in Berlin und des Vorsitzenden der Ost-CDU entgegenwirken zu können. Er wollte unter allen Umständen verhindern, daß durch eine »Reichspartei« der CDU mit Sitz in Berlin die sowjetische Politik institutionelle Möglichkeiten für eine Einflußnahme im Westen erhalten würde.

Das Organisationsproblem war auch deshalb so schwierig, weil es zugleich den Volkspartei Charakter der CDU betraf. Bei einer Anzahl von Gründern, z. B. in Frankfurt am Main, nicht zuletzt aber in den Kreisen der ehemaligen Christlichen Gewerkschaften, so vor allem auch bei Kaiser, gab es Vorstellungen von einer deutschen Labour Party. Apostrophierungen der CDU als »politischer Willensausdruck der christlichen Arbeiterschaft« (Albers)<sup>5</sup>, als »Fackelträger eines neu erwachten christlichen Sozialismus« (Arnold)<sup>6</sup> oder als nicht »bürgerliche« Partei (Kaiser)<sup>7</sup>, wie sie von Seiten ehemaliger christlicher Gewerkschafter vorgenommen wurden, machten Adenauer nicht geringe Sorgen, waren sie doch geeignet, im bürgerlichen Lager die Attraktivität der CDU als neuartiger, die Konfessions- und Standesgrenzen überwindenden Sammlungsbewegung sozialer, liberaler und konservativer Kräfte nachhaltig zu gefährden; im Originalton: »Mit dem Wort Sozialismus gewinnen wir fünf Menschen und zwanzig laufen weg.«<sup>8</sup> Andererseits legte aber auch Adenauer großen Wert darauf, den christlichen Arbeitern in der CDU eine politische Heimat zu bieten. Die einheitsgewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer mit dem Verzicht auf Christliche Gewerkschaften machte es nachgerade zur Notwendigkeit, die christlichen Arbeiter parteipolitisch aufzufangen; denn auf keinen Fall sollte wieder zum System konfessioneller Standesvereine der Arbeiter zurückgekehrt werden. So bejahte Adenauer prinzipiell die Zusammenfassung der christlich orientierten Arbeiterschaft in »Sozialausschüssen«, jedoch unter der Bedingung ihrer festen Verankerung in der Partei. Eine erneute Konfessionalisierung der Arbeitervereine wie auch anderer Standesvereine erschien ihm als absolut unverträglich mit der Volksparteikonzeption der CDU.

5 Rundschreiben von J. Albers, 14. Dezember 1945, Nachlaß Michael Rott, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), I-101/16.

6 Aus dem Beitrag Arnolds auf der Düsseldorfer Tagung ehemaliger führender Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung am 16. Februar 1946. J. Albers, 10. März 1946 »Vertraulich! Nur für den innerorganisatorischen Gebrauch«, Nachlaß Rott (wie Anm. 5).

7 Rede auf dem Burgplatz in Essen am 31. März 1946, in: *Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl*, herausgegeben und eingeleitet von Tilman MAYER, Köln 1988, S. 236.

8 Tagung des Zonenausschusses der britischen Zone in Neuenkirchen am 26./28. Juni 1946, PÜTZ (wie Anm. 2), S. 149 f.

In den folgenden Briefen geht es inhaltlich – vor dem skizzierten allgemeinen parteipolitischen Hintergrund – um die Gründung der Sozialausschüsse und ihre Positionierung in der CDU. Die Gestaltung des Verhältnisses von Partei und christlich-demokratischer Arbeiterschaft war für Adenauer mehr als eine organisatorische Angelegenheit. Er sah darin eine Richtungsentscheidung von grundlegender Bedeutung für die Zukunft der »Union«. Seine Auseinandersetzung mit Johannes Albers, dem Vorsitzenden der Kölner CDU und Vorkämpfer des Sozialausschußgedankens, zeigt, daß die größte Schwierigkeit in der Startphase der CDU darin bestand, die spontane, vom Geist des Neubeginns getragene Gründungsbewegung in eine feste Struktur mit dem klaren Profil einer Volkspartei zu überführen und dabei auf politischen Traditionen aufzubauen, ohne restaurativen Tendenzen Raum zu geben.

Die Idee des Sozialausschusses als Zusammenfassung der christlichen Arbeiterschaft erwuchs aus der Tradition der christlichen Arbeiterbewegung. Als mit der Entscheidung für eine einheitsgewerkschaftliche Organisation der Weg zur Neugründung Christlicher Gewerkschaften vorerst verstellt war, wurde – zunächst seit Oktober 1945 in Kreisen der rheinischen CDU, dann auch unterstützt von Kaiser – die Bildung von Sozialausschüssen betrieben. Sie sollten alle diejenigen zu einer Gemeinschaft zusammenfassen, die »in Betrieb, Gewerkschaft, Partei und im Volke ihre Aufgaben als christliche Arbeiter, Angestellte und Beamte erfüllen«<sup>9</sup>. Zu Jahresbeginn 1946 hatte Albers bereits ein Anschriftenverzeichnis früherer christlicher Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre verschickt und über das Angebot an Schulungskursen im Dominikanerkloster Walberberg für das – so die zuerst gewählte Bezeichnung – »Christliche Werkvolk« in der CDU informiert.<sup>10</sup> Am 16. Februar 1946 fand dann in Düsseldorf eine erste überregionale Konferenz von »Vertretern der christlichen Arbeiterschaft Westdeutschlands« statt. In einer Entschließung wurden zwar die christlichen Arbeiter aufgefordert, »Mitglied der Union zu werden«, doch von einer politischen und organisatorischen Integration in die neugegründete Partei war keine Rede.<sup>11</sup> Ende März/Anfang April 1946 kam es zu näheren Absprachen zwischen Albers und Kaiser, der in Düsseldorf gefehlt hatte, nun aber bei seinem ersten Auftreten im Westen für seinen christlichen Sozialismus und seinen nationalpolitischen Kurs warb. Auch ein Treffen mit Adenauer kam am 6. April zustande.<sup>12</sup>

---

9 J. ALBERS, *Was ist und was soll der Sozialausschuß*, 15. Juni 1946, S. 1 (Flugschrift, 8 S., Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung).

10 Nachlaß Franz Wiegert, ACDP I-55-4/2.

11 J. Albers, 10. März 1946 (wie Anm. 6).

12 Über Kaisers erste Reise nach dem Westen im März/April 1946 vgl. Werner CONZE, *Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945-1949*, Stuttgart 1969, S. 69-80.

Adenauer, der die Bestrebungen der ehemaligen Christlichen Gewerkschafter nicht nur wegen der Nähe zu Kaiser, sondern auch wegen der Reaktionen aus den katholischen Arbeitervereinen und evangelischen Unternehmerkreisen in der CDU mit großer Skepsis verfolgte, versuchte zunächst durch Einrichtung eines Wirtschafts- und Sozialausschusses in der rheinischen Partei (10. April), dann auch auf zentraler Ebene (25. April) das Problem parteiorganisatorisch zu unterlaufen und so in den Griff zu bekommen. Deutlich ist sein Bemühen, zuerst in der Partei die Weichen zu stellen, bevor er die heikle Frage grundsätzlich anging. Erst als ihm Albers mit seiner Schrift »Was ist und was soll der Sozialausschuß?« vom 15. Juni den konkreten Anlaß lieferte, ging er in die Offensive und stellte postwendend das Ultimatum: Klarstellung des Charakters der Sozialausschüsse oder Nichtanerkennung durch die Partei (unten I).

Aus dem aufgefundenen Briefwechsel läßt sich schließen, daß daraufhin in mehreren Aussprachen zwischen ihm und Albers ein Lösungsweg gesucht wurde. Zum Ausgleich kam es, so wird erkennbar, etwas früher als bisher angenommen, und zwar unmittelbar im Vorfeld der Essener Rede Adenauers vom 24. August 1946, in der er im Anschluß an das Programm von Neheim-Hüsten seine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternative zur Konzeption des Christlichen Sozialismus präsentierte. Die Kooperation von Adenauer und Albers, die zusammen mit Gustav Heinemann und Georg Jöstingmeier die CDU in den Verhandlungen mit den anderen Parteien und den Briten über die erste Regierungsbildung im neuen Land Nordrhein-Westfalen vertraten, erleichterte ihre Annäherung in der Sozialausschußfrage. Adenauer erklärte sich mit dem Grundgedanken Sozialausschüsse »absolut einverstanden« (unten IV), während Albers für die Sozialausschüsse akzeptierte, daß sie im Auftrag und als Teil der Partei handelten.<sup>13</sup> In einem offenen Schreiben an die »Freunde« vom 20. September 1946, mit dem noch einmal zur Einführung von Sozialausschüssen aufrief, hieß es dementsprechend: »Die Arbeit muß in engster Anlehnung an die Partei erfolgen.«<sup>14</sup> Der Briefwechsel vom 24. August/3. September 1946 (unten V) war praktisch der Friedenschluß. Damit blieb die sich formierende Partei in der kritischen Phase vor den ersten Nachkriegswahlen ihrem Anspruch treu, konfessions- und schichtenübergreifende Volkspartei zu sein – Grundstein ihres Erfolges als stärkste politische Kraft in Nordrhein-Westfalen. Zugleich unterstreichen die Briefe abermals die aus der Perspektive der späteren »Kanzlerdemokratie« oft unterbewertete Parteiführerqualität Adenauers, ohne die weder sein eigener noch der Aufstieg der CDU hinreichend zu erklären wären.

<sup>13</sup> J. Albers, »Aufgaben und Ausbau der Sozialausschüsse«, an Adenauer zur Begutachtung geschickt am 7. Januar 1947, vgl. Heitzer (wie Anm. 1), S. 377.

<sup>14</sup> Nachlaß Rott (wie Anm. 5).

## I.

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION  
DER ZONENAUSSCHUSS  
FÜR DIE BRITISCHE ZONE

Köln, den 19.6.1946  
Herwarthstraße 17

Herrn  
Johannes Albers  
Köln  
Breitestraße 108

Sehr geehrter Herr Albers!

Die von Ihnen unterzeichnete Schrift »Was ist und was soll der Sozialausschuß?«<sup>15</sup> habe ich erhalten. Sie hatten mir bereits von Ihren Absichten gesprochen, und ich habe Ihnen meine grundsätzlichen Einwendungen dagegen dargelegt. Ich muß nochmals betonen, daß die von Ihnen in Aussicht genommene Erfassung der Arbeitnehmer eine Partei innerhalb der Partei schaffen würde. Was die äußere Aufmachung Ihrer Schrift anbetrifft, so muß ich feststellen, daß es sich danach nicht um eine Publikation der CDU handelt; es ist dies weder im Titel noch in der Unterzeichnung zum Ausdruck gebracht. Sie betonen zu Eingang Ihrer Schrift, daß der Sozialausschuß keine neue Organisation sei. Am Schluß führen Sie aber die Mittel der Arbeit auf, und zwar wollen Sie in Versammlungen, Besprechungen und Konferenzen die wirtschaftliche, politische und gewerkschaftliche Schulung durchführen.

Sie wollen Mitteilungen und eine Zeitschrift herausgeben sowie Tagungen für Orte, Bezirke und Zone veranstalten. Die einzige zonale Instanz der CDU ist der von den Landesverbänden der britischen Zone bestellte Zonenausschuß, der allein auch das Recht zur zonalen Arbeit hat. Es gibt auch außerhalb des Zonenausschusses keine Parteiinstanzen, die zonale Tagungen veranstalten können. Dasselbe trifft auf die Landesverbände zu.

In diesem Zusammenhang muß ich auch darauf hinweisen, daß der Sozialausschuß, so wie Sie ihn formuliert haben, nach den Bestimmungen der Militär-Regierung eine neue politische Organisation darstellen würde. Sie stellen als Arbeitsgebiete z.B. neben Partei und Gewerkschaften auch Sozialversicherung, Rechtswesen, Genossenschaften usw., ferner Zusammenarbeit mit den konfessionellen Standesvereinen, – alles Sachgebiete, die von jeder politischen Partei entsprechend ihrer Besonderheit als wichtige Arbeitsgebiete in Anspruch genommen werden müssen.

Die Festlegung der Stellungnahme der CDU zu den von Ihnen genannten Sachgebieten erfolgt eindeutig für den Bereich des Landes durch die Landesvorstände und für die Gesamtpolitik in der Zone durch den Zonenausschuß. Selbst wenn Sie aber Ihren Sozialausschuß als einen Ausschuß des Landesvorstandes betrachten wollten, was aber im übrigen aus Ihrer Veröffentlichung in keiner Weise hervorgeht und was auch der Legitimation durch den Landesvorstand bedürfte, so ist es schlechterdings

---

<sup>15</sup> Köln, 15. Juni 1946; gedr., 8 Seiten.

ausgeschlossen, daß er dann einseitig nur von Interessenten aus Arbeitnehmerkreisen gebildet wird. Sie sagen z.B. in Ihrer Schrift etwas über das Kulturprogramm, Sie sprechen von Sozialversicherungen, vom Rechtswesen und anderen Dingen. An allen diesen Gebieten hat aber nicht nur ein Stand innerhalb der Partei Interesse, und die Stellungnahme der Partei zu diesen Fragen kann deshalb auch nicht nur auf Grund von Überlegungen Angehöriger eines Standes erfolgen.

Ich bitte Sie deshalb, mir folgende konkrete Fragen zu beantworten:

- 1) Soll der Sozialausschuß ein Ausschuß der CDU sein?
- 2) Wer gehört diesem Ausschuß an?
- 3) Soll es ein Ausschuß der Kölner Partei sein oder der Landespartei Rheinland?
- 4) Bislang zeichnen für alle Publikationen innerhalb der Partei die Vorstände der Landesverbände und der Kreisparteien verantwortlich. Wie sehen Sie dies praktisch gewährleistet?

Ich halte es für unbedingt erforderlich, daß der Zonenausschuß sich mit der Angelegenheit befaßt. Der Zonenausschuß hat, wie Ihnen bekannt ist, beschlossen, daß in allen Landesverbänden und nach Möglichkeit auch in allen Kreisparteien hauptberufliche Referenten für alle Fragen der Arbeitnehmerschaft (Gewerkschaft, Betriebsräte usw.) tätig sein sollen. Bei der Kreispartei Köln ist dies durch Einstellung des Herrn Hövelborn<sup>16</sup> geschehen. Ich halte dies, abgesehen davon, daß sich der Zonenausschuß dazu für die Landesverbände verpflichtend geäußert hat<sup>17</sup>, für die einzige Lösung, welche klar ist und den Notwendigkeiten einer geordneten Parteiorganisation gerecht wird. Solange eine Klarstellung nicht erfolgt ist, kann ich den von Ihnen gegründeten Sozialausschuß in meiner Eigenschaft als Landesvorsitzender und als Vorsitzender des Zonenausschusses nicht als eine Einrichtung der Partei anerkennen.

Ich bitte Sie deshalb möglichst bald um Ihre Stellungnahme. Ich bin der Ansicht, daß in dieser wichtigen Frage ein organisatorisch einwandfreier und klarer Weg mit reinlich abgegrenzten Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten sich finden lassen kann. Ich werde die Angelegenheit dem Zonenausschuß in seiner nächsten Sitzung<sup>18</sup> vorlegen.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Adenauer

---

<sup>16</sup> Karl Hövelborn, ab Oktober 1946 CDU-Stadtverordneter in Köln.

<sup>17</sup> Tagung des Zonenausschusses in Neuenkirchen am 25./26. April 1946 (PÜTZ, wie Anm. 2, S. 140), Punkt 8 der TO: »Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den Landesverbänden zu empfehlen, innerhalb der Landesverbände besondere hauptberufliche Referenten für alle Fragen der Arbeiterschaft zu bestellen, die ihrerseits ihr Referat bis zu entsprechenden Einrichtungen in den Kreisparteien und zu Vertrauensleuten in den Ortsparteien und den Betrieben durchorganisieren sollen.«

<sup>18</sup> Tagung des Zonenausschusses in Neuenkirchen am 26./28. Juni 1946, TO 14, PÜTZ (wie Anm. 2), S. 159.

## II.

K. Adenauer

Rhöndorf/Rhein, den 6.7.1946  
Zennigsweg 8aHerrn  
Direktor Hans Albers,  
Vorsitzender der CDU Köln  
K ö l n  
Herwarthstrasse 17

Sehr geehrter Herr Albers!

Anliegend übersende ich Ihnen Abschrift eines Briefes, den ich von Herrn Diözesanpräses Dr. Her(mann) Jo(seph) Schmitt<sup>19</sup>, Köln, erhalten habe. Ich hoffe, dass Sie Ihren Plan im Hinblick auf den Beschluss des Zonenausschusses der CDU vom 27.6.46<sup>20</sup> fallen lassen und dass sich damit auch der Gegensatz zu den katholischen Arbeitervereinen, deren Wiederaufleben ja unter allen Umständen verhindert werden muss, erledigt.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr ergebener  
gez. Adenauer

Anlage

*Auch: StBKAH 08.51; in der Rhöndorfer Ausgabe nicht abgedruckt. Das Schreiben Schmitts an Adenauer vom 1. Juli 1946; Adenauers Antwort, in der er auf den Neuenkirchner Beschluß des Zonenausschusses hinweist, vom 6. Juli 1946 in: Briefe I, S. 282.*

---

19 (1896-1964), Dr. theol., 1928-1939 Generalsekretär der Katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, 1933 MdR, 1945-1962 Präses der Katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands.

20 Protokoll der Tagung des Zonenausschusses, PÜTZ (wie Anm. 2), S. 159.



III.

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION  
DER ZONENAUSSCHUSS  
FÜR DIE BRITISCHE ZONE

Köln, den 14.7.1946  
Herwarthstraße 17  
Fernsprecher 50800

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen: Dr.L./Ne.

Sehr geehrter Herr A l b e r s !

Ihr Schr(ei)b(en) v(om) 5.7.1946 habe ich erhalten.<sup>21</sup> Wie ich Ihnen bereits mündlich mitteilte, hat der Zonenausschuß der CDU für die brit(ische) Zone die Bildung von sogenannten Sozialausschüssen abgelehnt. Im Protokoll heißt es: »Zu Punkt 14 der Tagesordnung lehnte der Zonenausschuß durch einstimmigen Beschluß die Bildung von Sozialausschüssen in der Form, wie dies in Köln aufgrund des dem Zonenausschuß vorliegenden Materials geschehen ist, ab.«<sup>22</sup> Ich darf bemerken, daß das Material, welches dem Zonenausschuß vorgelegen hat, aus einer Anzahl Ihrer Broschüren bestand, insbesondere aus Ihrer Schrift »Was ist und was will der Sozialausschuß«.

Damit ist die Angelegenheit durch die höchste Parteiinstanz geklärt. Wir müssen also organisatorisch einen anderen Weg suchen. Auch dieser Weg ist bereits parteiautoritativ durch einen früheren Beschluß des Zonenausschusses vorgezeichnet. Danach sind die Landesverbände verpflichtet, einen hauptberuflichen Sozialreferenten in das Landessekretariat zu berufen. Auch in den Kreisen sollen in den Kreissekretariaten hauptberufliche Sozialreferenten tätig sein. Die Organisation soll fortgesetzt werden bis in den Betrieb. In der Kölner Kreispartei ist der Beschluß durchgeführt<sup>23</sup>, nicht dagegen im Landessekretariat. Die Stelle im Landessekretariat muß jetzt schnellstens besetzt werden.

Bei dieser Sachlage muß »der Sozialausschuß« sofort seine Tätigkeit einstellen, unabhängig von Ihren Besprechungen mit Diözesanpräses Dr. Schmitt. Über die

---

<sup>21</sup> Albers an Adenauer, Köln, den 5. Juli 1946:

»Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Zu Ihrem Schreiben vom 19.6.46: Ich stehe mit Herrn Diözesanpräses Dr. Schmidt über die Frage des Sozialausschusses in Verhandlungen. Das Ergebnis derselben ist für Aufbau und Gestaltung des Sozialausschusses von Bedeutung. Ich werde wohl in etwa 4 Wochen in der Lage sein, zu Ihrem Brief eingehend Stellung zu nehmen und bitte deshalb um Ausstand bis dahin.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr ...«

<sup>22</sup> Protokoll der Tagung des Zonenausschusses, PÜTZ (wie Anm. 2), S. 159.

<sup>23</sup> Siehe Anm. 16.

Besetzung der Stelle im Landessekretariat und über andere Dinge werden wir uns nach meiner Rückkehr von einer Reise<sup>24</sup> unterhalten.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

gez. Adenauer

#### IV.

*Handschriftlich (s.l.)*

23. August 1946

Lieber Herr Albers!

Es war sehr schade, daß wir gestern durch die Briten gestört wurden. Ich bin aber mit dem Verlaufe sehr zufrieden und hoffe auf recht baldige Fortsetzung unserer Aussprache. Mit Ihrem Grundgedanken »Sozialausschüsse« bin ich absolut einverstanden. Bitte lassen Sie mir baldigst Ihre Vorschläge zukommen.

Mit Herrn Bauwens<sup>25</sup> habe ich auftragsgemäß gesprochen, Herr Pferd(menges)<sup>26</sup> war dabei – ich hatte ihn in einer anderen Sache zu mir gebeten. Es liegt zwischen Ihnen und Bauwens ganz offenbar ein Mißverständnis vor. Herr Pferd(menges) und Herr Löns<sup>27</sup> sind im Bilde. Da ich heute vormittag unbedingt fort muß wegen Vorbereitung meiner Essener Rede<sup>28</sup> habe ich Herrn Pferd(menges) gebeten, Sie und Schaeven<sup>29</sup> zusammenzubitten. Herr Pferd(menges) hat gebeten, Herrn Löns auch hinzuzubitten.

herzliche Grüße

Ihr Adenauer

---

24 Am 17. Juli wurde in Berlin die Entscheidung mitgeteilt, die aufgelösten preußischen Provinzen Nordrhein und Westfalen zu einem Land zusammenzufassen. Die entsprechende Verordnung der britischen Militärregierung wurde am 23. August 1946 erlassen. Vgl. Peter HÜTTENBERGER, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*, Siegburg 1973, S. 227 ff.

25 Peco Bauwens (1886-1963), Dr. jur., Inhaber eines Kölner Bauunternehmens, 1945/46 wie Albers Mitglied der von den Briten ernannten Bürgerschaftsvertretung, 1946/47 Präsident der Industrie- und Handelskammer Köln.

26 Robert Pferd(menges) (1880-1862), Bankier, 1945/46 Präsident der Industrie- und Handelskammer Köln, Mitglied der Kölner CDU.

27 Dr. Josef Löns (1910-1974), Rechtsanwalt, 1945/46 Referent in der Kölner Stadtverwaltung, 1946-1948 Zonensekretär der CDU.

28 Bei der Wahlkundgebung am 24. August auf dem Essener Burgplatz verkündete Adenauer in neun Leitsätzen das Wirtschaftsprogramm der CDU der britischen Zone (»den Grundstein ... für eine neue Wirtschaftsdemokratie, in deren Mittelpunkt der Mensch steht.«)

29 Peter Josef Schaeven (1885-1958), vor 1933 Zentrum, Mitgründer der CDU in Köln, Generalsekretär der CDU Köln (bis 1958) und der CDU Rheinland, 1946-1958 MdL in Nordrhein-Westfalen.

V.

Dr. K. Adenauer

Rhöndorf/Rhein, den 3.9.1946  
Zennigsweg 8a

An den  
Sozialausschuss der CDU Köln  
K ö l n

Sehr geehrte Herren!

Herzlichst danke ich Ihnen für Ihre Entschliessung und Ihr Schreiben vom 24.8.d.Js.<sup>30</sup> Das Vertrauen der Parteifreunde ist wesentlich für jeden, der in der Partei

---

30 Bei der ersten Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen hatte Carl Severing (SPD) in den Verhandlungen über die Besetzung der Ressorts die Ansprüche der CDU unsachlich mit dem Hinweis auf die »reaktionäre« Einstellung mancher Kandidaten zurückgewiesen. Adenauer verwahrte sich scharf gegen diese diskriminierenden Argumente und führte die CDU, als ihr das umstrittene Innenministerium von den anderen Parteien verweigert wurde, in den Rückzug aus den Beratungen. Über die Vorgänge zwischen dem 1. und 17. August vgl. *Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1946 bis 1950 (Ernennungsperiode und erste Wahlperiode)*, eingel. und bearb. von Michael Alfred KANTHER, (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe K: Kabinettsakten), Bd. 1, Siegburg 1992, S. 2 ff.

Albers, der mit Adenauer zusammen der Verhandlungskommission der CDU angehörte, initiierte unter dem Eindruck von Adenauers Auftreten die folgende Entschließung der Kölner Sozialausschüsse:

An den Vorsitzenden der CDU  
der Nordrheinprovinz  
Herrn Oberbürgermeister a.D.  
Dr. Konrad Adenauer  
Köln/Rhein

Köln, den 24. August 1946

Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!

Wir Arbeitnehmer, die in der CDU unsere politische Heimat gefunden haben, beobachten seit einer Reihe von Monaten Ihre Stellung in Wort und Schrift zu den sozialen und wirtschaftlichen Problemen der Zeit. [im Entwurf: 12 Zeilen gestrichen]

Beigeschlossen gestatten wir uns, Ihnen die Entschliessung des Sozialausschusses der CDU von Köln-Stadt und Land zu übersenden. Wir haben diese Entschliessung der »Kölnischen Rundschau« zum Abdruck überreicht. Wir glauben, dass die Stellungnahme des Sozialausschusses uns in der Wahlarbeit unter der Arbeitnehmerschaft helfen wird. Wir freuen uns, Ihnen helfen zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. 2. Vorsitzender des Sozialausschusses der CDU  
gez. Geschäftsführer

eine Funktion zu erfüllen hat. Ich freue mich, dass ich Ihr Vertrauen besitze. Sie dürfen versichert sein, dass ich Sie nicht enttäuschen werde.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Ihr ergebener  
gez. Adenauer

---

Anlage:

Entschliessung

Der Sozialausschuss der CDU Köln Stadt und Land nahm in der am 23. August 1946 stattgefundenen Sitzung zu den Vorgängen in der Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen Stellung. Er bekennt sich vollinhaltlich zu den Auffassungen der Unterhändler der CDU und spricht ihnen sein vollstes Vertrauen aus.

Insbesondere gilt das Vertrauen dem 1. Vorsitzenden der CDU der Nordrheinprovinz Dr. Konrad Adenauer und dem 2. Landesvorsitzenden und Vorsitzenden der CDU von Köln Stadt und Land Herrn Johannes Albers.

Weite Arbeitnehmerkreise der CDU, die im Sozialausschuss ihr Organ haben, bedauern die bekannt gewordenen Vorkommnisse. Sie verwahren sich entschieden gegen den Vorwurf der Reaktion.

Die Zusammensetzung der CDU, Ihre Arbeitsweise, die Veröffentlichungen und Reden ihrer führenden Männer sowie ihre bekannte Stellung zu den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und staatspolitischen Problemen der jetzigen notvollen Zeit bieten Gewähr dafür, dass die Reaktion in ihren Reihen keinen Platz hat.